

nins informieren ließen, daß sie sich, damit Wissen und Kraft für ihren eigenen Kampf holten.

Die deutsche Regierung ließ die Mitarbeiter, die Tätigkeit der Botschaft von Anfang an bespitzeln. Umfangreiche Akten in den Archiven weisen es aus.<sup>34</sup> Aber alle Spitzelberichte vermochten nicht den Nachweis über die Einmischung in die inneren Angelegenheiten des Deutschen Reiches zu erbringen, so daß die deutsche Regierung auch keinerlei Möglichkeit hatte, sich offiziell zu beschweren. Allerdings zeigen diese Berichte in ihrer primitiven Verlogenheit und Widersprüchlichkeit die ganze Zerfahrenheit des deutschen Regierungs- und Polizeiapparates unter den Bedingungen der sich schnell entwickelnden revolutionären Krise in Deutschland. Weil die Regierung trotz aller Bespitzelung keinerlei Handhabe zum Vorgehen gegen die sowjetische Botschaft hatte, bediente sie sich bekanntlich kurz vor Ausbruch der Revolution mit Hilfe rechter sozialdemokratischer Führer der Fälschung, der Lüge und der Provokation. Das Beweismaterial über diese Provokation wurde schon vor langer Zeit aufgedeckt.<sup>35</sup>

W. I. Lenin sagte dazu auf dem VI. Gesamtrussischen Außerordentlichen Sowjetkongreß, „daß die deutsche Regierung sehr wohl darüber informiert war, daß in der russischen Botschaft deutsche Sozialisten Gastfreundschaft genossen haben und nicht Leute, die sich für den deutschen Imperialismus einsetzten, solche Leute haben die Schwelle der russischen Botschaft nicht überschritten. Ihre Freunde waren die Sozialisten, die gegen den Krieg auftraten, die mit Karl Liebknecht sympathisierten. Vom ersten Tage des Bestehens der Botschaft an waren sie ihre Gäste, und nur mit ihnen pflegten wir Verkehr. Das hat die deutsche Regierung ausgezeichnet gewußt.“<sup>36</sup>

Trotz der schwierigen Lage Sowjetrußlands, die Lenins ganze Kraft in Anspruch nahm, verfolgte er mit brennendem Interesse die Entwicklung in Deutschland. Er drängte darauf, die deutschen Linken ausführlich über die Entwicklung der russischen Revolution zu informieren. Am 24. Mai 1918 schrieb er an den sowjetischen Botschafter in Deutschland, Joffe, und bat, ihm die neuen Ausgaben der Bremer „Arbeiterpolitik“, des Stuttgarter „Sozial-Demokrat“ und anderer Organe der deutschen Linken vollständig in 5 bis 10 Exemplaren zu schicken. Er stellte die Frage: „Haben Sie schon begonnen, etwas *Legales* in deutscher Sprache herauszugeben? Was konkret? Wie sieht der Plan für die Herausgabe aus, und wann fangen Sie an?“<sup>37</sup> Vom 18. Juni 1918 ist ein weiterer Brief W. I. Lenins an Joffe erhalten. Darin drückte W. I. Lenin seine Sorge darüber aus, daß er schon lange nichts von den Genossen in der Schweiz gehört habe. Er bat dringend, aus der Schweiz die „Juniusbroschüre“, die Karl-Liebknecht-Broschüre sowie eine Zusammenstellung von Dokumenten über die Linken aus der „Berner Tagwacht“ und anderen Organen zu schicken und verlangte, Materialien in der Schweiz sofort als Buch herauszugeben. Auch die Sowjetbotschaft in Berlin solle dieses Vorhaben mit allen Mitteln unterstützen.<sup>38</sup>

Die Sowjetbotschaft in Berlin bereitete in dieser Zeit eine Ausgabe der Gesetze der jungen Sowjetmacht vor. Die gesamte Ausgabe und der Drucksatz wurden aber beschlagnahmt.<sup>39</sup> Doch konnte, worauf Hermann Duncker hin-

34 Vgl. IML - ZPA, St 8/13.

35 vgl. A. Norden, Zwischen Berlin und Moskau, Berlin 1954, S. 142 ff.; Ph. Scheide-  
mann, Memoiren eines Sozialdemokraten, Bd. II, Dresden 1928, S. 252; Prinz M. von  
Baden, Erinnerungen und Dokumente, Berlin und Leipzig 1927, S. 580.

36 W. I. Lenin, Werke, Bd. 28, a. a. O., S. 142

37 W. I. Lenin, Briefe, Bd. V, Oktober 1917-Juni 1919, Berlin 1968, S. 78

38 vgl. a. a. O., S. 98 f.

39 Vgl. IML - ZPA, St 8/13, Bl. 45.